

Stellungnahme von Prof. Dr. Julius H. Schoeps

– Moses Mendelssohn Zentrum, Universität Potsdam –

zur Anhörung vor dem

Innenausschuss des Deutschen Bundestages, 16. Wahlperiode,

am 16. Juni 2008

zum Thema

„Antisemitismus in Deutschland“

Sehr geehrter Herr Edathy, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Antisemitismus ist – und deswegen freue ich mich besonders, dass es der Innenausschuss ist, der sich heute mit diesem Thema beschäftigt – zweifellos ein **Problem für die innere Ordnung, Sicherheit und Stabilität unseres Landes**, darüber hinaus – dem Aufgabenkreis dieses Ausschusses wie auch des Innenministeriums entsprechend – kein Thema, das in der Zuständigkeit eines bestimmten Ressorts erschöpfend behandelt werden könnte.

Antisemitismus und Judenfeindschaft sind auch nicht an eine bestimmte religiöse, politische, soziale oder anderweitig definierte Bevölkerungsgruppe gebunden, wie man vielleicht vermuten möchte, wenn man den jüngeren Diskussionen folgt. Judenfeindschaft ist vielmehr ein **Querschnittsthema**, das die gesamte deutsche Gesellschaft durchdringt und auch vor ihren Grenzen nicht halt macht.

Es ist ein **gesamteuropäisches, ja internationales Phänomen**, wie Sie etwa den Analysen in dem jüngsten, frisch erschienenen Sammelband des Moses Mendelssohn Zentrums „Feindbild Judentum“ entnehmen können.

Judenfeindschaft finden wir in allen Altersgruppen, bei Männern und Frauen, in Ost und West, bei Vertretern und Angehörigen aller Konfessionen und Religionsgemeinschaften, in allen gesellschaftlichen Gruppierungen und auch in allen politischen Lagern – je unterschiedlich, mit spezifischen Schwerpunkten und Eigenheiten, aber nicht isoliert voneinander. Die verschiedenen Vorurteile – etwa eines „antiimperialistischen Israelkritikers“ aus den Reihen der politischen Linken,

eines neonazistischen Holocaust-Leugners und eines islamistischen Jihad-Jüngers – sind aufeinander bezogen, kommunizieren miteinander und beeinflussen sich gegenseitig.

Mehr noch: Antisemitismus mag, in einer sozial und politisch gespaltenen, kulturell hoch differenzierten Gesellschaft wie der deutschen, ein gefährliches Potenzial in sich tragen: er kann zu einem **Konsensthema** werden. Ein wertkonservativer Christ, ein liberaler Unternehmer, der gute geschäftliche Beziehungen mit dem Iran und der arabischen Welt gesichert wissen will, eine in den 1970ern in der DDR ausgebildete Sozialkunde-Lehrerin, ein gewaltverherrlichender „Aggro-Rapper“ türkischer Herkunft und ein „geschichtsrevisionsistischer“ Hobbyhistoriker, der den Holocaust leugnet – sie alle mögen sich mit vielen anderen darauf verständigen können, dass es doch ohne „die Juden“, ihren schädlichen Einfluss und ihre Präsenz im Nahen Osten auf der Welt friedlicher und freundlicher zuginge.

Es ist übrigens auch müßig, darüber zu streiten, ob und inwieweit es sich um einen „neuen“ oder „alten“ Judenhasse handelt. In einer Hinsicht dürften die Befunde der Antisemitismusforschung relativ eindeutig sein: **Judenfeindschaft ist tief in die Geschichte des europäischen, christlichen Abendlandes eingewurzelt**, und sie ist darüber hinaus auch der **muslimischen Welt** weder fremd noch neu.

Aus dieser Einschätzung heraus ergibt sich die besondere Brisanz des hier angesprochenen Themas. **Um dem Antisemitismus angemessen begegnen zu können** – sei es durch staatliche Instanzen, sei es durch zivilgesellschaftliche Akteure, sei es, idealerweise, in Vernetzung beider Bereiche – **bedarf es einer genauen, präzisen und stets fortzuschreibenden Kenntnis über seine Dimensionen, Erscheinungsformen, aktuellen Trends und mittelfristigen Entwicklungen.**

Ich glaube, offen gestanden, dass wir bei dieser Aufgabe trotz aller Verdienste und Leistungen der Antisemitismusforschung noch ganz am Anfang stehen. Denn ein ganzer Katalog von Fragen harret hier der fundierten Analyse durch Historiker, Politik- und Sozialwissenschaftler.

Was wissen wir – um nur ein Beispiel der jüngeren Diskussion auszuwählen – etwa über die **Entstehungsbedingungen, die Ausmaße und die tatsächliche Relevanz**

antisemitischer Stereotype unter jungen Muslimen mit Migrationshintergrund?

Wo entstehen diese Einstellungen? Beim Urlaub im Libanon, wo man dann auch mal – wie es 2006 tatsächlich geschehen sein soll – vom Unterstand aus auf den israelischen „Aggressor“ schießen darf? In der heimischen Moschee bei der Freitagspredigt und vor dem Sattelitenfernseher auf dem Hizbollah-Kanal Al-Manar? Beim Betrachten neonazistischer Videos auf YouTube, oder gar auf dem Schulhof, wo sich die gegenseitigen Vorurteile und Hassgefühle bestätigen und situativ aufschaukeln, bis wieder ein jüdischer (Mit-) Schüler beleidigt, bedroht oder geschlagen wird? Diese Frage muss vorrangig beantwortet werden, wenn wir fragen, wie diese Jugendlichen gegen Antisemitismus und Judenfeindschaft immunisiert werden können.

Noch in einer anderen Hinsicht entgehen der Forschung heute wichtige Entwicklungen. Entgegen jüngerer Analysen, die eine „taktische Zivilisierung“ der NPD und ihres neonazistischen Umfelds erkennen wollen, **agiert der Rechtsextremismus heute wieder in einer erstaunlichen Offenheit und Aggressivität antisemitisch.** Die Debatten um sekundären Antisemitismus, Schuldabwehr und Täter-Opfer-Umkehr verlieren an Brisanz, wenn die judenfeindliche Agitation wieder ganz offen, brutal und unverdeckt betrieben wird. Für weite Teile der selbst ernannten „nationalen Opposition“ aus NPD und Neonazi-Kameradschaften ist Judenfeindschaft in der Tradition des Rassenantisemitismus heute wieder das zentrale Element, das ihre Weltanschauung strukturiert und ihre Handlungen leitet.

Daher ist der von der Bundesregierung zu fordernde **jährliche Antisemitismus-Bericht** aus politischen, symbolischen und vielleicht auch moralischen Gründen eine Notwendigkeit. Doch wird es nicht ausreichen, die einschlägigen Kenntnisse und Beobachtungen der Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden in einem Spezialbericht zusammen zu fassen (s. den Brief von Prof. Arno Lustiger in der Anlage).

Was wir vielmehr brauchen, ist ein **wissenschaftlich fundierter jährlicher Expertenbericht über alle politischen, strafrechtlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Facetten des Antisemitismus**, der am besten **durch ein vom Bund zu**

beauftragendes Expertengremium zu erstellen ist. Der Bericht darf keineswegs auf eines der betroffenen Probleme beschränkt bleiben und eine andere Problemebene ausblenden.

Und dieser Bericht sollte zugleich auf allen Ebenen, auf denen der Bund als Akteur oder als Anreger aktiv werden kann, **Handlungsempfehlungen entwickeln**.

Handlungsempfehlungen also ebenso für den Bereich der politischen Bildung, wie der Innen- und Sicherheitspolitik, der Außenpolitik und Entwicklungshilfe, der Kulturpolitik, um nur einige Felder zu benennen.

Denn wenn Antisemitismus ein Querschnittsthema ist, so muss seine **Abwehr auch eine Querschnittsaufgabe** sein, die koordiniert, abgestimmt und angemessen alle Ressorts betrifft.

Hier sollte der Bund seine Zuständigkeiten prüfen und seine Möglichkeiten konsequent ausnutzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für die Konkretisierung meiner Ausführungen gerne zur Verfügung.

Potsdam, 4. Juni 2008

Prof. Dr. h. c. Arno Lustiger

Ziegelhüttenweg 1-3 • 60598 Frankfurt am Main
Tel.: 069 – 61 99 18 78 • Fax: 069 – 61 67 78 • E-Mail: arno.lustiger@macnews.de

An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Frankfurt am Main, im September 2007

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,

im Februar dieses Jahres hatte ich mich mit einem Schreiben an Sie gewandt, mit dem der von Klaus Faber, Julius H. Schoeps und Sicha Stawski herausgegebene Sammelband „Neu-alter Judenhass – Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik“ vorgestellt wurde. Ich habe zur 2. Auflage dieses Buches, das Ihnen zugesandt worden ist, ein Geleitwort geschrieben. In meinem Schreiben vom Februar hatte ich auch die politische Forderung an die Bundesregierung unterstützt, in Anlehnung an das Vorgehen anderer Staaten einen jährlichen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung herauszugeben. Der Bericht sollte, so meine Vorstellung, unter Beteiligung des Innenministeriums und des Auswärtigen Amtes über die Verbreitung antisemitischer Strömungen in allen Gesellschaftsteilen und -institutionen einschließlich der Medien Auskunft geben sowie darlegen, welche Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden. Es geht beim neu-alten Antisemitismus nicht nur um ein Problem im rechtsradikalen Milieu, sondern auch um eine Erscheinung, die unter unseren muslimischen Bürgerinnen und Bürgern und bis in die Mitte der Gesellschaft weit verbreitet ist. Ein Zusammenwirken verschiedener Antisemitismusvarianten spielt dabei eine Rolle. Der deutsche Schuldabwehr-Antisemitismus, u. a. in der von vielen Deutschen geteilten Meinung zu erkennen, Israels Politik gegenüber den Palästinensern sei Hitlerdeutschlands Verbrechen an den Juden gleichzustellen, wird von der islamisch-arabischen Propaganda gefördert.

Israel ist, wie zum Teil auch der Mediendiskurs zeigt, in mancher Hinsicht zum kollektiven Juden gemacht worden. Sehr häufig erleben wir die Verwendung doppelter Standards gegenüber Israel, wie sie etwa im Verhalten einer britischen Wissenschaftlervereinigung sichtbar werden, die einerseits zum akademischen antiisraelischen Boykott aufruft, andererseits aber zum Völkermord im Sudan schweigt. Zahlreiche ausgewiesene Experten ganz unterschiedlicher Herkunft und Orientierung - Wissenschaftler, Politiker und andere im Kampf gegen den Antisemitismus Engagierte, unter ihnen Christen, Muslime und Juden aus Deutschland, Österreich, Israel und den USA (u. a. Rabbi Andrew Baker vom American Jewish Committee und Abraham Foxman von der Anti-Diffamation League) - greifen in Beiträgen zu dem erwähnten Sammelband die antisemitische Israelfeindschaft und andere Fragen zum aktuellen Antisemitismus in Deutschland und Europa auf. Es müsste eigentlich überflüssig sein - ist es aber leider nicht -, hier zu betonen, dass selbstverständlich nicht jede Kritik an Israels Regierungen antisemitisch ist, wie z. B. Israels Presse in scharfen Auseinandersetzungen mit der Regierungspolitik fast täglich belegt.

Die von mir erhobene Forderung nach einem Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung hat inzwischen u. a. durch den scheidenden israelischen Botschafter Shimon Stein, die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und den außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Prof. Gert Weisskirchen, der zugleich persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden für die Antisemitismusbekämpfung ist, Unterstützung gefunden. Die Berichterstattung von Prof. Gert Weisskirchen hat dabei deutlich gemacht, dass uns nicht nur in verschiedenen zentralen Bereichen u. a. Daten und Erhebungen in Deutschland fehlen, sondern darüber hinaus etwa zwei Drittel der OSZE-Staaten ihren Berichts- und Bestandsaufnahmepflichten nach den einschlägigen Forderungen von OSZE-Konferenzen bislang überhaupt nicht nachkommen. Bei diesem Stand wäre es außerordentlich wichtig, wenn Deutschland in Europa mit einem jährlichen Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung eine internationale Vorbildrolle spielen würde.

Zu meinem Erstaunen habe ich gehört, dass gegen die Berichtsforderung eingewandt worden ist, angesichts der Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder sei eine gesonderte Berichterstattung der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung nicht erforderlich. Eine derartige

Einschätzung kann nur auf großer Unkenntnis der Verhältnisse und der Optionen beruhen, die durch eine Berichterstattung über den Stand und die Handlungsoptionen eröffnet werden. Wie geschildert, gibt es für wichtige Gebiete, z. B. über den Antisemitismus von muslimischen Bürgerinnen und Bürgern und auch über den neuen israelfeindlichen Antisemitismus, noch keine ausreichenden Erhebungen. Außerdem liegt Antisemitismus ja nicht nur dort vor, wo Straftaten verfolgt werden. Ein Bericht der Bundesregierung müsste sich neben der Bestandsaufnahme auch mit der Antisemitismusbekämpfung selbst befassen, z. B. mit den Maßnahmen gegen die antisemitische Propaganda aus arabischen und islamischen Ländern. Die ohne jeden Zweifel antisemitische Hisbollah ist in Deutschland z. B. noch immer nicht verboten. Eine jedes Jahr stattfindende öffentliche Debatte über einen Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung eröffnet zudem viele bislang nicht vorhandene Möglichkeiten für einen kritischen Diskurs. Eine weitere Behauptung, die gegen die Berichtsforderung vorgebracht worden ist, geht dahin, ein Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung könnte nach den Erfahrungen mit Regierungsberichten den wesentlichen Fragen ausweichen oder zumindest ungenau und unvollständig antworten. Auch dieser Gefahrenerwartung könnte aber eine jährliche kritische Diskussion durchaus entgegenwirken. Außerdem weigere ich mich, die Bundesregierung bei einem derartigen Thema von vorneherein unter Verdacht zu stellen.

Ich freue mich, Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen zu können, dass 37 deutsche Nicht-Regierungsorganisationen sowie Institutionen und Personen, die in der Antisemitismusbekämpfung engagiert sind, am 18. Juni 2007 zu der Koordinierungstagung ‚Gegen Antisemitismus in Deutschland und Europa‘ im Centrum Judaicum in Berlin zusammengekommen sind und durch eine dort beschlossene Resolution die Forderung an die Bundesregierung aufgenommen haben, einen jährlichen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung herauszugeben und dem Bundestag zuzuleiten. Der Gesandte Ilan Mor der Botschaft des Staates Israel, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags Petra Pau, Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bundestagsfraktionen, unter ihnen der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe Jerzy Montag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Prof. Gert Weisskirchen, Gitta Connemann (CDU/CSU-Fraktion), Vorstandsmitglied der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, sowie (in Form eines schriftlichen Grußworts) der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Eckart von Klæden und Markus Löhning aus der FDP-Fraktion, haben Grußworte zum Gelingen der Konferenz am 18. Juni 2007 übermittelt, sich zum Teil an der Diskussion beteiligt und in einigen Fällen, wie bereits erwähnt, ausdrücklich die Forderung nach einem Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung unterstützt. Über die Ergebnisse im Einzelnen unterrichtet Sie eine Presseerklärung des von der Konferenz eingesetzten Koordinierungsrates deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die ich zu Ihrer Information beigefügt habe. Die Konferenz hat den Koordinierungsrat am 18. Juni 2007 beauftragt, spätestens bis zum Sommer 2008 die 2. Koordinierungskonferenz deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus erneut nach Berlin einzuberufen und dort über die bis dahin erzielten politischen Ergebnisse zu berichten.

In meinem Februar-Schreiben hatte ich Ihnen meine Auffassung mitgeteilt, dass der Antisemitismus, besonders dessen islamische Prägung, nicht alleine die Sorge der Juden sein sollte. Als Auschwitz-Überlebender und Schoa-Historiker bin ich der Meinung, dass die Erinnerung an den Holocaust uns alle verpflichtet.

Für eine Unterstützung der Forderung nach einem Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung wäre ich Ihnen dankbar.
Mit freundlichen Grüßen